

**PRESSEINFORMATION**

vom 8. Mai 2014

# Integration und Teilhabe schaffen sozialen Frieden

AG Weinheimer Initiative tagt im Kreis Offenbach – Wichtigere Rolle der Kommunen durch neue Einwanderung

**Offenbach.** „Ungelöste Integrationsprobleme“, sagt Georg Horcher vom Fachdienst Jugend, Familie und Soziales des Landkreises Offenbach, „bilden sich zuerst in der Kommune ab“. Im hessischen Landkreis vor den Toren Frankfurts tagt am Donnerstag und am Freitag (8. und 9. Mai) die bundesweit beachtete Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“.

Das Jahresforum, an dem über 100 Bildungsexperten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik teilnehmen, steht in diesem Jahr unter dem Motto „Teilhabe“. Damit sei der Gegenbegriff zur „Ausgrenzung“ definiert, wie der Dortmunder Sozialwissenschaftler und Koordinator der AG, Dr. Wilfried Kruse, eingangs erläuterte. Die „Weinheimer Initiative“ thematisiert, dass es im deutschen System von Integration und Bildung „zu viele Gruppen gibt, die nach wie vor einen schlechteren Zugang zu Bildung und Ausbildung haben“. Die AG, die nach der nordbadischen Stadt und Bildungsregion Weinheim benannt ist, dem Sitz der Freudenbergstiftung, agiert als Vertretung von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die eine kommunale Koordinierung des Übergangs der Jugendlichen von der Schule ins Berufsleben leisten.

## „Eine schleichende Unterausstattung der Kommunen“

Das Jahresforum hat durch die stark steigende Zahl von Flüchtlingen mit seinem Motto an Aktualität hinzugewonnen – es wurde offensichtlich mit bildungs- und sozialpolitischem Weitblick gewählt. In der „Kreis Offenbach Erklärung“, die Diskussionsgrundlage der Tagung ist, heißt es: „Die aktuellen Entwicklungen stellen die Städte und Landkreise vor erneute Herausforderungen, die überdies in der Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit finden“.

Die verstärkte Einwanderung aus süd- und osteuropäischen Ländern verschärfe die Situation. Denn darunter seien viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Ihnen die Teilhabe an Integration, Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, müsse die Aufgabe der Kommunen sein. In diesem Zusammenhang wird in der „Kreis Offenbach Erklärung“ auch eine bessere Ausstattung der Kommunen gefordert. In dem Papier heißt es: „Die schleichende, aber immer spürbarer werdende

Unterausstattung der Städte und Landkreise führt auf Sicht zu einer Gefährdung von Teilhabe und sozialer Integration und damit zur Gefährdung des sozialen Friedens.“

### „Kommunale Koordinierung als Pflichtaufgabe“

Michael Schüssler, Erster Stadtrat der Stadt Rodgau im Landkreis Offenbach, argumentierte: „Die Kommunen sind den Menschen vor Ort immer am nächsten, auch soziale Probleme und ungelöste Aufgaben der Integration werden bei uns zuerst spürbar.“ In den Kommunen seien die Menschen bereit, diese Aufgaben zu bearbeiten. „Wir wollen das und wir können das“, so Schüssler. Nun müssten Bund und Länder den Kommunen auch „die Verantwortung und die Ressourcen geben“. Die AG „Weinheimer Initiative“ verstehe sich dabei als „kommunale Lobby“, so der Weinheimer Oberbürgermeister Heiner Bernhard. Er ist gemeinsam mit Stefan Skora, dem OB von Hoyerswerda, einer der Sprecher der AG. Bernhard sieht die Kommunale Koordinierung des Übergangs von der Schule ins Berufsleben als eine „kommunale Pflichtaufgabe“. Die Teilhabe an Bildung sei der „Schlüssel für alle späteren Lebensphasen“.

Am Donnerstag hat das Jahresforum der „Weinheimer Initiative“ mit einem Grußwort des Offenbacher Landrates Oliver Quilling begonnen, zu den so genannten „Stichwortgebern“ gehört auch Daniel Strauß vom Verband deutscher Sinti und Roma.